

-Runder Tisch-

der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR

Appell

**an die deutsche Bundesregierung
und die Regierungschefs und –Chefinnen der Ost-Bundesländer:**

**Verhindern Sie die „biologische Lösung“ bei den DDR-
Berufs- und Personengruppen !!!**

**Setzen Sie sich für die Schaffung des Gerechtigkeitsfonds
für diese Gruppen ein !!!**

Derzeit wird zwischen Bund und Ländern über den auch im Koalitionsvertrag von 2021 vereinbarten „Härtefallfonds“ mit Orientierung an der Grundsicherung verhandelt. Es müsste dabei eigentlich allen Verhandlungspartnern klar sein, dass damit fast alle Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen von diesem Fonds ausgeschlossen bleiben und lediglich die jüdischen Kontingentflüchtlinge und die Spätaussiedler aus den früheren GUS-Staaten daraus profitieren würden. Die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen würden weiter als Bürger 2. Klasse behandelt werden.

Obwohl von verantwortlichen Bundes- und Landespolitikern, so auch vom Bundeskanzler, immer wieder und auch vor den letzten Wahlen erklärt wurde, endlich auch die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen zu wollen, sollen nun die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen praktisch ausgeschlossen bleiben. Offensichtlich findet der allen an den Gesprächen Beteiligten zugesandte Kompromissvorschlag des Runden Tisches für einen „Gerechtigkeitsfonds“, der auch vom Land Sachsen-Anhalt gefordert wird, wohl aus finanziellen Gründen keine Zustimmung des verantwortlichen Bundesministeriums und anderer Ost-Bundesländer.

Das BMAS empfiehlt offenbar den Ländern: „*Nehmen sie lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach*“, nämlich den „Härtefallfonds“, weil der Bund seiner eigenen Verantwortung zur Finanzierung des Gerechtigkeitsfonds nicht nachkommen will und die Länder ohnehin nur eine kleine Lösung, den „Härtefallfonds“ mitfinanzieren könnten.

Ist das die „Soziale Einheit“ von deren Vollendung auch in der Bundesregierung



Beauftragter für Ostdeutschland

Einheit auf Augenhöhe vollenden

Nach seiner Ernennung durch Bundeskanzler Olaf Scholz hat Carsten Schneider seine Amtsgeschäfte als Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland übernommen. Hier beschreibt er die Chancen und Herausforderungen seiner Tätigkeit.



„Ich freue mich als Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz an dieser Aufgabe mitwirken zu können. Wir wollen dieses Land nach vorne bringen und die Einheit auf Augenhöhe vollenden“, so Schneider.

Ansprüche betragen würde, zu gewähren. Und das in einer Zeit, in der aus vollen Zügen viele Milliarden Euro für Kriegsgeräte und andere fragwürdige Projekte ausgegeben werden.

Wir möchten deshalb nochmals an die Bundesregierung appellieren, endlich auch den Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen durch Schaffung des vorgeschlagenen Gerechtigkeitsfonds eine gewisse Anerkennung ihrer Lebensleistung zu gewähren.

An die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Ost-Bundesländer möchten wir appellieren, sich der Forderung von Sachsen-Anhalt anzuschließen und von der Bundesregierung die Auflage des Gerechtigkeitsfonds zu fordern, damit endlich Rechtsfrieden geschaffen wird und dieser letzte wichtige Schritt zur Schaffung der Sozialen Einheit vollzogen wird.

Klaus-Dieter Weißenborn

Dietmar Polster

Halle, Dresden, 7. Juni 2022